



Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatlich 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr vierteljährlich M. 1.20
außerhalb desselben M. 1.30,
hievu Postgelde 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßstern,
Engflösterle u.

Beitung für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Harmonizelle.
Reklamen 15 Pfg. die
Petitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Kabat.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 74

Wildbad, Mittwoch den 29. März

1905

Die gegenwärtige Zeit

ist eine Zeit großen allgemeinen Interesses. Der Krieg in Ostasien,

der blutigste, den die Weltgeschichte bis heute kennt, eilt hoffentlich allmählich seinem tragischen Ende zu. Aber noch wird es zu schweren Kämpfen zwischen Japanern und Russen kommen. Ob die durch die russische Niederlage bei Mukden bedingte Renaushebung von Truppen die

Unruhen in Rußland

zu auflauern läßt — wer kann das wissen? Von den Folgen eines für Rußland unruhigen Friedens gar nicht zu reden. Auch auf dem Balkan rumort's schon wieder in bedenklicher Weise. Die Lage in Marokko drängt auf eine gewalttätige Lösung hin. Dasselbe ist in Venezuela der Fall, wo Castro in altem Uebermut die Mahnungen seiner fremden Gläubiger in die Winde schlägt.

Südwestafrika

wird und noch manchen Soldaten und manche Millionen kosten. Wer über die großen politischen Ereignisse, daheim und draußen, dauernd unterrichtet sein will, wer daneben auch Unterhaltung sucht, wer wissen will, was in dem Lauf der Zeit die Leute in der Nähe und der Ferne treiben, der abonniere auf eine Zeitung, die Allem in knapper, übersichtlicher Weise gerecht wird. Eine solche Zeitung ist der wöchentlich 6mal erscheinende

„Freie Schwarzwälder“.

Der „Freie Schwarzwälder“ kostet in der Stadt vierteljährlich 1 M. 20 Pfg., monatlich 40 Pfg., bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- und Nachbarortsverkehr vierteljährlich 1 M. 20 Pfg., außerhalb desselben 1 M. 30 Pfg., hievu Postgelde 30 Pfg.

Die Novellen zum Vergesetz

sind nun feierlich dem preussischen Landtag zur Annahme empfohlen worden. Graf Bülow und Handelsminister Müller haben den nationalliberalen und freikonservativen Abgeordneten ins Gewissen geredet, durch Zustimmung zu den beiden Novellen der sozialdemokratischen Agitation im Ruhrgebiet den Boden zu entziehen und durch Erfüllung der sozialen Pflichten des Staates die Monarchie zu stützen. Haben unsere leitenden Staatsmänner wirklich solche Angst vor der Sozialdemokratie, oder fürchten sie nur, daß die Freikonservativen mit Unterstützung eines Teils der Nationalliberalen den Versuch machen könnten, die bei der Kanalvorlage erprobte Verschleppungspolitik auch gegenüber den Novellen zum Vergesetz zur Anwendung zu bringen? Bülow hat sich in einer einleitenden Rede wieder trefflich als Dreifrontenpolitiker bewährt. Den Arbeitgebern machte er die pflichtschuldige Weisung, den Arbeitern warf er einige lebenswürdige Rühmchen zu und die Sozialdemokraten ließ er auch nicht leer ausgehen: sie erhielten ein paar kräftige Rippenhiebe für ihr Bemühen, dem Staat den Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern so viel als möglich zu erschweren. Er nannte sie „Heßer und Wähler“, die bestrebt gewesen, „durch die Verlängerung des Streiks Not und Elend zu vergrößern“, da diese der „beste Adressat für die Sozialdemokratie“ seien. Dagegen erkannte Graf Bülow die Berechtigung der Arbeiterorganisationen in einer Zeit an, in der die „Macht der Zahl“ ausschlaggebend ist und tadelte es leise, daß die Arbeitgeber mit den Bergarbeiterorganisationen überhaupt nicht verhandeln wollten; aber er kann es auch wohl verstehen, daß die Arbeitgeber mit „kontraktbrüchigen“ Arbeitern keine Unterhandlungen anknüpfen wollten. „Doch mußte dieser Widerstand in dem Augenblick aufhören, wo der Staat die Vermittlung versuchte“, erklärte der Ministerpräsident sehr energisch.

Die Herren Arbeitgeber waren aber in diesem Fall anderer Meinung; sie hatten nicht den nötigen Respekt

vor der Autorität des Staates. Hätten sie doch schon öfter als einmal die Erfahrung gemacht, daß der Staat vor einer Interessengruppe kapituliert, wenn diese nur die nötige Kaltblütigkeit an den Tag legte. Warum sollten es da die Zechenbesitzer nicht auch einmal auf eine Kraftprobe antommen lassen? Daß sie dabei ihre Macht vielleicht überschätzt haben, ist wohl dem außerordentlichen Erfolg zuzuschreiben, den sie mit der Monopolisierung der Kohle erzielten. Hierdurch geblendet, haben sich die Kohlenvertreter den agrarischen Brot- und Fleischvertretern schon ebenbürtig gefühlt, aber dabei übersehen, daß ihr Ring doch eine zu geringe Bevölkerungsschicht umfaßt, und daß sie beinahe alle anderen, die nicht am Kohlenkapital beteiligt sind, zu Gegnern haben.

Das Zentrum und die Freisinnigen werden für die Regierungsvorlagen stimmen, die Entscheidung liegt also bei den Deutsch-Konservativen. Hoffentlich bieten sie, wie man nach den Ausführungen ihres Redners des Abg. v. Heydebrandt mutmaßen könnte, nicht die Hand dazu, die Vorlagen so zu verschlechtern, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter bestehen bleibt. Dann dürfte ein abermaliger Streik zu befürchten sein, und wie aus dem Ruhrkohlengebiet gemeldet wird, richten sich die Industriellen durch große Kohlenankäufe bereits auf diesen Fall ein.

D. C. Prediger Fischer.

Auch die Religion ist der Entwicklung untertan, obwohl sie fast in jeder ihrer Formen, die wir aus der Geschichte kennen, von dem Glaubenssatz ausgeht, sie beruhe auf offenbarten Grundwahrheiten. Immer wieder treten Neuerer auf, die den Religionen eine veränderte, den umgewandelten Verhältnissen angepaßte Gestalt geben wollen. Sie heißen Reformatoren, wenn sie Erfolg haben, aber Keger und Sektierer, wenn ihr Vorhaben scheiterte, und viele von ihnen, gerade die kühnsten, „hat man von jeher gekreuzigt und verbrannt“.

Das hindert nicht, daß sich der Wunsch, Religion und fortschreitendes Wissen in Einklang zu bringen, immer wieder neu belebt. Auch die katholische Kirche kann sich die „Reformkatholiken“ nicht gänzlich vom Leib halten. Sie muß Zugeständnisse gewähren und Unterseidungen treffen. Was die Kirchenväter lehrten, was die finsternen Moralisten und knifflischen Kasuisten schrieben, es muß „ausgelegt“ werden, je nachdem. Und das geschieht trotz des Prinzips der starren Unfehlbarkeit! Umsonst muß natürlich das grüne Holz des Protestantismus, der ja selber vom Baum fortschreitender Erkenntnis stammt und sich abgezweigt hat, stets frische Schößlinge treiben. Das ist denn auch ausgesagt im Werden, so sehr die Zeloten zetern. Rationalisten — die Bezeichnung im weitesten Sinne verstanden — und Orthodorie stehen sich gegenüber, und die Volksmehrheit neigt bei uns erstensüherweise immermehr denen zu, die denken und prüfen.

Der neueste Fall, der die Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge zieht, ist der des Berliner Predigers Fischer, der an der dortigen Markuskirche amtiert. Dieser Geistliche, der nun seit mehr als dreißig Jahren als „Diener am Wort“ wirkt, hat sich zu der Auffassung durchgerungen, daß ihm Jesus als ein idealer, herrlicher Mensch erscheint. Ähnliches hat die arianische Bewegung schon im vierten Jahrhundert des jungen Christentums ebenfalls verkündet, aber sie wurde auf dem Konzil von Nicäa unterdrückt. Prediger Fischer trug seine „Reperet“ direkt auf dem Protestantentag vor, also bei einer weltlichen Versammlung, der es sehr wohl anseht, Leben und Religionsform auf die rechte Uebereinstimmung zu unterziehen.

Dennoch hat sein Vorgehen das berühmte „Aergernis“ erregt, das die Fronten empfinden, wenn ihr „Mitbruder“ es wagt, anders zu denken als sie. Das Konsistorium regte sich auf und erklärte dem Kirchenvorstand der Fischer'schen Gemeinde, dem Prediger mangelte die Besonnenheit, und seine christlich-theologische Durchbildung wie seine Arbeit und Reife sei unzulänglich, er befände sich noch in einem Entwicklungs- und Uebergangsstadium. Das ging dem Fünfzigjährigen denn doch über die Hutschnur. Er appellierte an den Ober-

kirchenrat, die höchste evangelische Instanz in Preußen, und der Oberkirchenrat hat denn auch zugegeben, daß das Konsistorium mit seiner Rüge über die Stränge geschlagen hat. Aber in der Sache gab der Oberkirchenrat dem Konsistorium recht, und man muß schon zufrieden sein, wenn es in der Begründung heißt: „Wir verkennen nicht, daß das Geheimnis der Verbindung wahrer Gottheit und wahrer Menschheit in Christi Person nie zu einem den Verstand völlig befriedigenden Ausdruck gebracht werden kann.“ Das ist schon etwas. Die Folgerichtigkeit erfordert, daß man den Wahrheitsuchern den Weg nicht verlegt.

Politische Rundschau.

Württemberg. Von einer mißglückten Regie zeugt eine Versammlung der Deutschen Partei in der schönen Rätchen- und Rilianstadt Heilbronn. Zuerst sprach das Mitglied Kaufmann Rüd ausführlich über den Zolltarif und die Handelsverträge. Er kam nach dem Bericht des „Schwäb. Merkur“ zu dem Schluß, daß die neuen Handelsverträge für die Industrie von sehr nachteiliger Wirkung sein werden; und Herr Rüd setzt seine Hoffnung nur auf eine „günstige Konjunktur“, die natürlich auch ausbleiben kann. Am Schluß der Versammlung aber wurde zur Begründung, warum die Deutsche Partei sich an der Berufung Raumanns zu einem Vortrag über Zolltarif und Handelsverträge nicht beteiligte, in einer Erklärung der Deutschen Partei nachgerühmt: „Die nationalliberale Partei hat aus Ueberzeugung an dem Zustandekommen des Zolltarifs und der Handelsverträge (die nach dem in derselben Versammlung abgegebenen Zeugnis des nationalliberalen Herrn Rüd „sehr nachteilig“ sind!) mitgewirkt; es kann daher unmöglich von ihr erwartet werden, daß sie als Partei bei der Berufung eines Politikers sich beteiligt, der diese Verträge und die dafür eintretenden Parteien aufs schärfste bekämpft und von seinem Standpunkt aus bekämpfen muß.“

Bayern. Der Liberalismus. Eine altbayerische Delegiertenversammlung gründete in München einen Kreisverband der liberalen Vereine auf der Grundlage des in Nürnberg angenommenen Landtagsprogramms der vereinigten Liberalen und Demokraten. Der Zweck des Verbands ist zunächst die Agitation und Organisation der diesjährigen Landtagswahlen, dann ein gemeinsames Vorgehen darüber hinaus, für andere künftige Wahlen, besonders die Reichstagswahlen.

Elßaß-Lothringen. Die Aeußerung des bishöflichen Ordinariats Meß über den kürzlich gemeldeten neuen Friedhofsfall ist jetzt erschienen. Sie giebt im allgemeinen den Sachverhalt zu, sucht aber die Interdiktserklärung zu rechtfertigen, da berechtigte Zweifel bestanden hätten, als ob das in der Familiengruft beigesetzte Kind überhaupt getauft war.

Der Fameder Kirchhofstreit. Vor dem kaiserlichen Rat wurde der Rekurs der Einwohner von Famed gegen die Entscheidung des Reper Bezirkspräsidenten, der die Trennung ihres neu angelegten Friedhofs verbietet, verhandelt. Dem Rekurs der Fameder Einwohner hat sich der Bischof von Meß angeschlossen. Das Urteil wird in drei Wochen gefällt werden.

Deutschland. Gegen die Einführung der Schiffsabgaben haben sich außer der Chemnitzer und Dresdener Handelskammer auch die Handelskammern von Leipzig und Plauen erklärt. Man darf gespannt sein, wie sich nun die sächsische Regierung zu der Frage verhalten wird. Bisher haben nur die bairische und die heßische Regierung mit ihren je 3 Stimmen im Bundesrat erklärt, daß sie für eine Aenderung der Verfassung zur Einführung von Schiffsabgaben nicht zu haben seien. Am ersten ist noch zu erwarten, daß die Stimmen von Hamburg (1), Anhalt (1), und Württemberg (4) sich diesen zugesellen werden. Da nun im Bundesrat 14 Stimmen erforderlich sind, um eine Verfassungsänderung zu verhüten, so dürfte es im vorliegenden Falle ganz besonders auf die sächsischen Stimmen ankommen.

* **Strasburg**, 28. März. Von den 15 Reichstagsabgeordneten Elsaß-Lothringens haben 14 eine Eingabe an den Reichstag gemacht, in der eine Revision der Verfassung der Reichslande dahingehend gefordert wird: Elsaß-Lothringen wird Bundesstaat und bekommt als solcher Vertretung im Bundesrat.

Berlin, 27. März. Der Reichstag setzte heute die Beratung des Militäretats fort.

7 **Konstantinopel**, 27. März. Gegen Prinz Georg. In den letzten Tagen haben die oppositionellen Bewegungen im westlichen Bezirk von Kreta Fortschritte gemacht. Im Westen und in Kasama wurden viele Schusswaffen und Munition ausgehoben. Es wurden Proklamationen verteilt, welche die französische Gendarmeriemannschaften zum Treubruch aufforderten. Am Freitag wurde die Gendarmerie von Unzufriedenen beschossen, wobei zwei Mann schwer verwundet wurden. Eine Versammlung von Oppositionellen hißte die griechische Fahne. Heute wollen sie die Einverleibung durch Griechenland ankündigen.

Die Mittelmeer-Reise des Kaisers.

Deutschland und Marokko.

Ueber die Versuche der französischen Presse, die in der „Nordd. Allg. Ztg.“ enthaltenen Bemerkungen über den Kaiserbesuch in Tanger und die deutschen Interessen in Marokko abzuschwächen, weist die „Nordd. Allg. Ztg.“ auf ein Pariser Telegramm der „Köln. Ztg.“ hin, worin unter Aufzählung verschiedener Fehleinschätzungen die in den französischen Blättern enthaltene Darstellung besprochen wird, als sei der deutschen Regierung der Wortlaut des Abkommens mitgeteilt worden und worin weiter bemerkt wird: Diese Angaben sind zuverlässigen Mitteilungen zufolge durchaus unrichtig, die französische Regierung hat niemals eine Mitteilung über ein Abkommen noch an andere Vertreter des Reiches gelangen lassen, die nach der Fassung oder dem Inhalt als solche amtliche Kenntnisgabe französischerseits über die Verhandlungen oder den Abschluß und den Inhalt des Abkommens deutscherseits hätte angesehen werden können. Der von der deutschen Regierung in der Theorie und in der Praxis ständig vertretene Standpunkt ist demgemäß auch der, daß sie von dem Abkommen keine amtliche Kenntnis hat. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt hierzu: Wir können die Richtigkeit dieser Mitteilung der „Köln. Ztg.“ bestätigen. Nach dem damaligen Bericht Radolins über die erwähnte Unterredung im März 1904 bewegten sich die spontanen Äußerungen Delcassés im Rahmen allgemeiner und unverbindlicher Betrachtungen; wir waren daher vollkommen berechtigt, darauf hinzuweisen, daß bisher keine Garantie gegen eine dem wirtschaftlichen Interesse Deutschlands nachteilige Veränderung des status quo in Marokko vorliege; daß ferner der Hinweis auf Tunis angemessen war, läßt derjenige Teil der Pariser Blätter erkennen, der, wie das Journal des Débats, ausdrücklich aus Marokko ein Seitenstück zu Tunis machen möchte. Auch was bisher über das Programm der französischen Unterhändler in Fez bekannt worden war, stimmt nicht mit der früheren Versicherung Delcassés überein, daß er vor allem eine Erhaltung des status quo in Marokko anstrebe.

Tanger, 27. März. Die Antwort des Sultans von Marokko auf die Anzeige vom Besuch des deutschen Kaisers in Tanger enthält den Dank für die Ehre des Besuches; der Sultan bedauert aber, wegen Zeitmangels nicht hierherkommen zu können und entsendet daher eine besondere Mission.

Tanger, 27. März. Der Sultan sandte sechs Berber hierher als Geschenk für Kaiser Wilhelm. Die Marokkaner scheinen in dem Besuch die Gewähr für die Unabhängigkeit Marokkos zu sehen.

Petersburg, 27. März. Das Blatt „Sowto“ schreibt u. a.: Unter der Ägide Englands wollte Frankreich ein gewaltiges Kolonialreich vom Golf von Bights bis zum Atlantischen Meer errichten. Deutschland aber stellte sich unter Ausnutzung der Lage Russlands im Osten, wo der Krieg noch lange währen wird, Frankreichs Wünschen entgegen. Von neuem erhebt sich der Schatten des Schöpfers der deutschen Kolonialpolitik, Bismarck. Kann dieser Schatten Frankreich nicht als Zeichen dafür dienen, welche große Bedeutung das russisch-französische Bündnis hat, und daß für Frankreich Russlands Macht und freie Hand in Europa weit bedeutungsvoller sein muß, als die leere Furcht um die in Russland angelegten Fonds?

Paris, 27. März. Der frühere Marineminister Lanesan sagt in seinem Blatt Siecle, die Reise Kaiser Wilhelms nach Tanger könne höchstens eine Lektion für die französischen Diplomaten darstellen. Die äußere Politik des republikanischen Frankreich müsse sich am besten Tage vollziehen. Sie brauche weder geheime Unterredungen noch heimliche Abmachungen. Wir haben bei der Fashoda-Angelegenheit zu unserem eigenen Schaden erfahren, was diplomatische Geheimnistramerei kosten kann. Das Klügste sei, nachdem zu erklären, daß Frankreich entschlossen sei, die Unabhängigkeit Marokkos und die Freiheit des ausländischen Handels im marokkanischen Gebiet voll auf zu respektieren.

7 **Lissabon**, 28. März. Der Kaiser ist hier eingetroffen. Die Begrüßung der Monarchen war eine herzliche. Das Volk spendete freundliche Ovationen.

Die Lage in Russland.

Ein Bombenwurf.

Warschau, 27. März. Gestern Abend wurde im Hofe des 12. Polizeibezirksamts der Vorstadt Praga von einem den geübten Ständen angehörigen Manne eine

Bombe geschleudert. Als kurz darauf der Oberpolizeimeister Baron Nolden sich auf den Platz des Attentats begab, wurde gegen die Droschke desselben eine zweite Bombe geworfen. Der Oberpolizeimeister wurde an Kopf und Händen, jedoch nicht lebensgefährlich, verletzt.

Warschau, 27. März. Bei dem Bombenanschlag sind vier Polizisten und zwei Privatpersonen verletzt worden. Der Täter, selbst verwundet, ist verhaftet worden. Die Person, welche den Anschlag gegen den Polizeimeister verübte, tötete auf der Flucht einen Polizisten.

7 **Warschau**, 27. März. Bet. Tel.-Ag. Der Anschlag auf die Polizeistation scheint ins Werk gesetzt worden zu sein, um den Polizeiminister zu veranlassen, sich zur Polizeistation zu begeben.

Petersburg, 26. März. In Jalta, Krim, sind Unruhen ausgebrochen. Die Geschäfte am Quai und im Bazar werden von den Unruhestiftern geplündert.

7 **Tiflis**, 25. März. Am 13. März demolierten 350 Bauern im Kreise Schoropan unter den Rufen: „Freiheit!“, „Brüderlichkeit!“, „Nieder mit der alten Verfassung!“ die von dem Ministerium für Volksaufklärung reorganisierende Schule und zerrissen ein Bild des Kaisers. Vom 14.—18. März begingen die Einwohner mehrerer Ortschaften Waldfrevel auf der Apanage-Besitzung Muchranskoje, 800 mit Stöcken und Gewehren bewaffnete Bauern erschienen in der Gutskanzlei und stellten weitgehende Forderungen, darunter unbeschränkte Rechtssprechung in jeder Ortschaft durch gewählte Richter, Uebergabe der Staats-, Apanage- und Privatgüter an die Dorfgemeinden, Eröffnung von Schulen, Pressefreiheit und Fortfall verschiedener Steuern. Zur Herstellung der Ordnung wurde 1 Bataillon entsandt.

7 **Petersburg**, 25. März. Der Empfang der Abordnung des Moskauer Semstwo beim Minister des Innern hat nicht stattgefunden. Es heißt, die Abordnung sei nicht empfangen worden und heute nach Moskau zurückgekehrt.

7 **Jalta (Krim)**, 27. März. Fast alle Magazine und Brauereibuden, sowie das Polizeiamt sind zerstört worden. Einige Läden wurden in Brand gesteckt. Das Eintreffen von Truppen wird erwartet.

7 **Aschabad**, 27. März. In Koschan befindet sich die Bevölkerung im Aufruhr. Die russischen Einwohner sind ausgeplündert.

Krieg in Ostasien.

Aus der Mandschurei.

Ind in den letzten Tagen fast gar keine wichtigen Nachrichten eingelaufen. Die Japaner decken über ihre Bewegungen einen undurchdringlichen Schleier, auch von den Russen weiß man nicht, ob sie wirklich, wie ursprünglich gemeldet, auf der Linie Tschangtschun-Kirin halt zu machen beabsichtigen, oder ob sie ihre Truppenmassen nach Charbin zurückziehen. Die Tokioer Blätter erörtern den Beschluß der russischen Regierung, 4 neue Armeen von 600 000 Mann in der Mandschurei zu konzentrieren, und erklären, daß, ehe auch noch die Hälfte dieser Truppen in die Mandschurei gelangt sein werde, Marschall Dyama mit 500 000 Mann in Charbin und vor Wladivostok stehen werde (?) und daß diesen 500 000 Mann im Laufe des Sommers noch 200 000 Mann nachgeschickt werden würden, so daß auch numerisch die japanischen Truppen sich noch immer im Uebergewicht befinden würden, selbst für den noch sehr unwahrscheinlichen Fall, daß es Russland wirklich gelänge, 600 000 Mann in der Mandschurei zu vereinigen. Von diesen Ankündigungen von Truppennachschüben wird natürlich die eine ebenso unrichtig sein wie die andere. Das Truppenmaterial der Japaner geht so allmählich seinem Ende entgegen, darüber sind sich alle Kenner der Verhältnisse einig. Andererseits hat Russland, wenn es gar zu große Mobilmachungen ins Werk setzt, schwere Unruhen im Innern zu befürchten. Weiterhin ist der Höhestand seiner Gesamtarmee in der Mandschurei an die beschränkte Leistungsfähigkeit der ostsibirischen Bahn gebunden. Nach einer Veröffentlichung

des „Russischen Invalid“ sind vom Beginn des Krieges bis zum 12. März nach Charbin versandt worden: 13 087 Offiziere, 761 466 Soldaten, 146 408 Pferde, 1521 Kanonen und 19 524 977 Pud Armeebedarfsstoffe. Diese Ziffern übersteigen alle bisherigen Vermutungen. Nach einer anderen Meldung aus Petersburg soll General Linewitsch am Sungari fluss bis Mitte nächsten Monats 250 000 Mann wieder vereinigt haben, um die dortige Stellung gegen die vordringenden Japaner so lange zu halten, bis Charbin besetzt und verproviantiert ist. Diese Truppen würden sich aus 160 000 Mann der bisherigen 3 Armeen und 90 000 frischen Truppen aus Europa zusammensetzen. Die vorzüglichen Stellungen auf dem rechten Ufer des Sungari böten auf eine Strecke von 140 Kilometer ausgezeichnete Defensivpositionen. Der Rückzug auf Charbin selbst dürfe deshalb nicht schon jetzt stattfinden, weil alle dort vorher aufgestapelten Vorräte seinerzeit nach Mukden geschafft worden seien, und Charbin gegenwärtig von Lebensmitteln sowohl wie Fourage für Pferde völlig entblößt sei.

Son Rojdschewsky's Flotte

wird neuerdings behauptet, daß sie Madagaskar gar nicht verlassen habe, vielmehr immer noch in Diego Suarez vor Anker liege. Damit hat sich auch die Meldung von einer Seeschlacht, bei der zwei russische Panzer beschädigt sein sollten, endgültig als eine Ente herausgestellt. Rojdschewsky erwartet zweifellos den Admiral Niebow, der mit dem dritten baltischen Geschwader Segel verlassen hat und nach Süden abgedampft ist. Ob nach der Vereinigung beider Geschwader die Weiterreise nach dem fernen Osten wirklich stattfindet, muß die Zeit lehren. Die japanische Schlachtflotte hält sich noch immer bei den Sundainseln auf. Dort wird sie wahrscheinlich auch die russischen Geschwader erwarten. Die Flotte Rojdschewsky's besteht, ohne das Geschwader Niebow's, aus 7 Schlachtkreuzern, 4 großen, 1 mittleren und 3 kleineren Kreuzern, etwa 12 bis 15 Torpedobootzerstörer, mehreren Hilfskreuzern und einer entsprechenden Anzahl von Train- und Kohlendampfern. Die Zusammenfassung der japanischen Flotte ist nicht bekannt. Man weiß nur, daß Japan noch 4 Schlachtkreuzer und etwa 20 Kreuzer besitzt. Von den Kreuzern dürfte ein Teil zur Blockade von Wladivostok Verwendung finden.

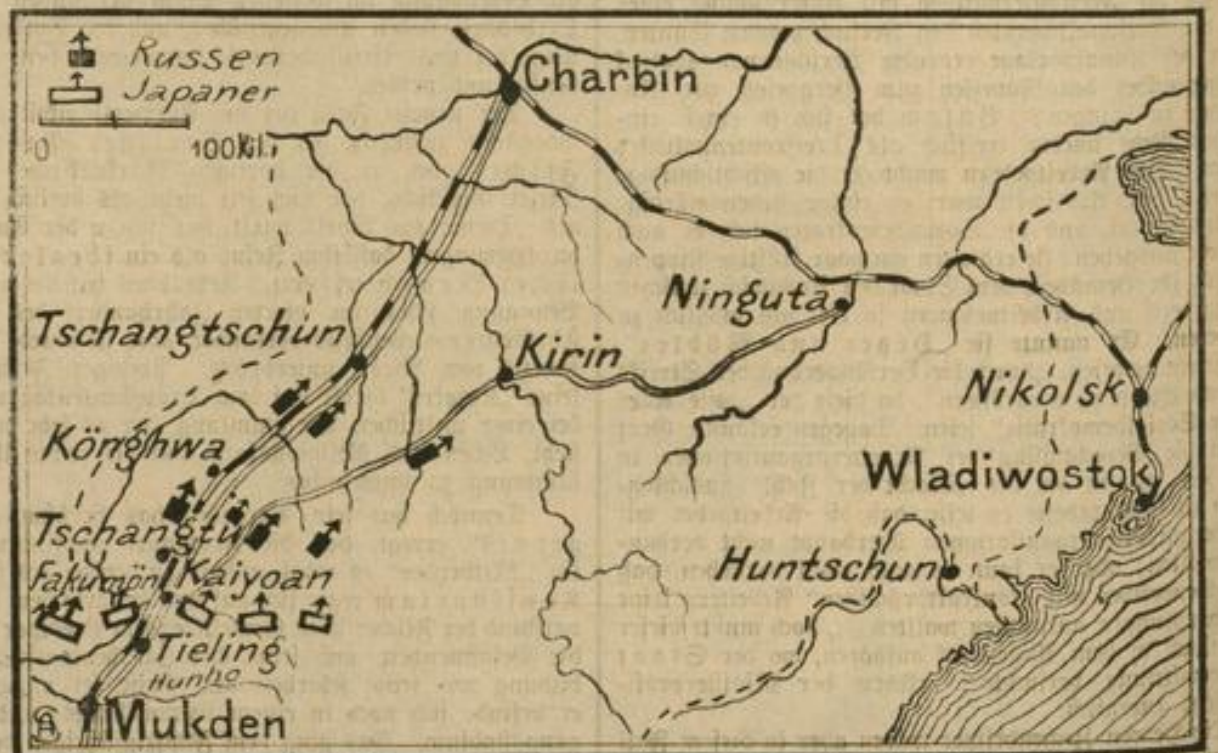
Kein Friede in Aussicht.

7 **Petersburg**, 27. März. Die „Köln. Ztg.“ meldet, es könne versichert werden, daß bei den nächst beteiligten russischen Stellen von Waffenstillstand oder Friedensverhandlungen nichts bekannt ist. Die allervitalsten Interessen Russlands sprächen gegenwärtig gegen den Waffenstillstand, wodurch die Lage der russischen Armee um nichts gebessert würde. Russlands eigene finanzielle Kräfte genügen vollkommen, den Krieg ohne fremde Hilfe fortzuführen (?); auch für den Fall der Erschöpfung der Vorräte werde Russland Mittel und Wege finden zur Erschließung von Hilfsquellen für die Kriegsführung. Die innere politische Lage würde umsoweniger Anlaß zu Schwierigkeiten bieten, als die Regierung gewillt ist, die von Kaiser Nikolaus in Aussicht genommene Reform bald in die Tat umzusetzen.

Tokio, 27. März. Die japanische Armeeführung soll fest entschlossen sein, in der Verfolgung des Feindes keine Pause eintreten zu lassen. Es dürfte nicht lang dauern, bis Dyama Charbin besetzt und einen Teil der russischen Heeres nach Wladivostok abgedrängt hat, welches er durch Lushungerung in kürzester Zeit zu Falle zu bringen gedenkt.

Petersburg, 27. März. Es ist möglich, daß die russische Armee sich bis zur sibirischen Grenze zurückzieht, um dort Verstärkungen abzuwarten und die Armee besser verproviantieren zu können. Vier eingelaufene Berichte bestätigen die Nachrichten über den andauernden Rückzug der russischen Truppen.

Gunschuling, 27. März. Nördlich von Rajin wurden fünf Brücken gesprengt, wobei fünf Soldaten verwundet wurden. Am Abend des 13. März wurde von japanischer Seite der Versuch gemacht, die Rückzugstruppen in der Nähe der Bahnlinie anzu-



Karte zum Rückzug der Russen auf Charbin und Kirin.